

Julia Brummert

Agriculture and Sustainable Rural Development in Times of Crisis. Critical Engagement from a Gender Perspective.

Tagung vom 25. bis 26. Januar 2013 an der Humboldt-Universität zu Berlin

Zusammenfassung

Hungersnöte und Ernährungskrisen stehen in einem engen Zusammenhang mit anderen weltweiten Krisenentwicklungen. Die Finanzkrise, der Klimawandel und bewaffnete Konflikte beeinflussen und verstärken sich gegenseitig und erschweren die Lebensbedingungen, vor allem von Menschen in ländlichen Regionen. Wie eine Genderperspektive nützlich sein kann, um das Verhältnis von landwirtschaftlicher Produktion, unbezahlter reproduktiver Arbeit und der Umwelt in Bezug auf diese Krisen zu untersuchen, zeigte die Tagung des Fachgebiets Gender und Globalisierung der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin am 25. und 26. Januar 2013.

Schlüsselwörter

Feministische Ökologie, Ernährungskrise, Weltwirtschaftskrise, Landwirtschaft, Gender

Summary

Agriculture and Sustainable Rural Development in Times of Crisis. Critical Engagement from a Gender Perspective. Conference at the Humboldt University of Berlin, 25/26 January 2013

Problems of food insecurity and food crises are inextricably linked to other mutually reinforcing crises. The financial crisis, climate change and armed conflicts influence and exacerbate the living conditions of the rural population in particular. The conference organized by the Chair of Gender and Globalization at the Humboldt University of Berlin on 25/26 January 2013 looked into how the gender perspective can be used to investigate the relationship between agricultural production, unpaid reproductive work and the environment in the context of these crises.

Keywords

feminist ecology, food insecurity, economic crisis, rural areas, gender

Die internationale Konferenz wurde von Christine Bauhardt und Gülay Çağlar organisiert. Den Eröffnungsvortrag hielt *Wendy Harcourt* (International Institute for Social Studies, Den Haag). Anknüpfend an das in den 1990er Jahren viel diskutierte Konzept der Sustainable Livelihoods kritisierte sie den derzeitigen globalen Nachhaltigkeitsdiskurs. Nachhaltigkeit sei zu einem Grundprinzip für wachstumsorientierte Agrarpolitiken geworden, ohne die mit dem Begriff ursprünglich verbundene Idee sozial- und umweltverträglicher Entwicklung zu berücksichtigen. Vielmehr stehe eine wirtschaftliche Nachhaltigkeit im Vordergrund. Auch Genderfragen seien somit nur noch dann interessant, wenn es um einen reibungslosen Ablauf marktförmiger Prozesse gehe. Was Frauen alltäglich für die Überlebenssicherung leisten, ohne dass dies für den ökonomischen Mainstream sichtbar ist, zeigte sie am Beispiel der „buen vivir“-Bewegung in Latein-

amerika, in der sich viele Frauen engagieren und die ein „gutes“ und nicht ein „besseres Leben“ im Einklang mit und nicht auf Kosten der Natur fordert. Die VertreterInnen des „buen vivir“ stellen Überlegungen an, wie ein Leben jenseits des wirtschaftlichen Wachstumszwangs möglich ist, und legen dem Konzept ein soziales Wertesystem zugrunde. Für den globalen Norden verwies Harcourt auf die Slow-Food-Bewegung und deren Orientierung an lokaler Nahrungsmittelproduktion und -verarbeitung.

In fünf Panels wurden am zweiten Konferenztage verschiedene Aspekte der globalen Krisen und deren Auswirkungen auf periphere Weltregionen diskutiert.

Das erste Panel thematisierte die soziale Einbettung ländlicher Ökonomien und arbeitete die Grenzen marktorientierter Sichtweisen auf das soziale Gefüge im ländlichen Raum heraus. Wie sich die weltweite Preisinstabilität für Nahrungsmittel auf einzelne Regionen in der Welt auswirkt, untersuchen *Alexandra Kelbert* und ihr Team vom Institute of Development Studies, Sussex, in ihrem von Oxfam unterstützten und auf der Tagung vorgestellten laufenden Forschungsprojekt. Die ForscherInnen begleiten u. a. LandwirtInnen und HändlerInnen in zehn Ländern über mehrere Jahre und ermitteln über Interviews und Beobachtungen, welche Auswirkungen die Instabilität der Lebensmittelpreise auf der Makroebene auf die Mikroebene, nämlich auf die lokalen Lebensbedingungen der Befragten, haben. Hierbei geht es nicht nur um die Menge an Nahrungsmitteln, die gekauft und verkauft werden kann, sondern vor allem um einen Wandel des sozialen Lebens. Kelbert skizzierte Veränderungen, wie z. B. Migrationsbewegungen der betroffenen Frauen in die umliegenden städtischen Arbeitsmärkte. Auf der persönlichen Ebene zeigten sich häufig Schamgefühle, wenn Frauen FreundInnen aufgrund der extrem knappen ökonomischen Situation nicht mehr auf einen Kaffee einladen könnten oder Männer Tätigkeiten verrichten müssten, die nicht als „männlich“ gelten.

Gudrun Lachenmann (Universität Bielefeld) betonte in ihrem Vortrag „Ester Boserup Revisited“ die von ÖkonomInnen ignorierte, aber ökonomisch unverzichtbare reproduktive Arbeit von Frauen, auf die Boserup in den 1970ern als Erste systematisch verwiesen hatte. Auch wenn Boserups Arbeit durchaus kritisch gesehen werden kann, war ihr Beitrag zur Thematisierung von Genderaspekten in der Entwicklungsökonomie wichtig: Ihr Befund, dass Frauen und Männer einen unterschiedlichen Zugang zu landwirtschaftlicher Arbeit haben, war wegweisend und eröffnete für die Entwicklungsforschung neue Perspektiven. Nach wie vor fließen Boserups Ergebnisse in Überlegungen zur Bekämpfung von Hungersnöten und anderen Krisen ein.

Olanike Deji von der Obafemin Awolowo University aus Nigeria informierte darüber, dass 65 Prozent der Frauen in Nigeria unterhalb der Armutsgrenze leben, was nicht zuletzt mit konventionellen Geschlechterrollen und dem fehlenden Zugang von Frauen zu Bildung, Technologien und Ressourcen im ländlichen Raum zusammenhänge. Deji interpretierte diese Entwicklungen als Folge neoliberaler Politik seit den 1980er Jahren.

Im zweiten Panel wurden die Mensch-Natur-Verhältnisse aus feministischer Perspektive theoretisch, politisch und forschungspraktisch beleuchtet. *Wendy Harcourt* betonte ausgehend von der alltäglichen sozialen Reproduktionsarbeit von Frauen die Notwendigkeit, bestehende Machtverhältnisse zu transformieren. Die Beziehung zwischen Körper, Care und Gender sei dafür neu zu denken und weibliche Arbeit nicht länger als natürlich vorhandene Ressource zu verstehen. In Abgrenzung zu den aktuellen Debatten um Grünes Wachstum fragte sie nach den sozialen Räumen, in denen widerständige All-

tagserfahrungen thematisiert werden können. Harcourt wandte sich provokativ gegen den „terror of inclusion“, die Integration der Annahme der naturgegebenen Verbindung von Weiblichkeit, Natur und Reproduktion als Selbstverständlichkeit in den Mainstream aktueller ökonomischer und ökologischer Wachstumspolitiken.

Daran inhaltlich anknüpfend stellte *Christine Bauhardt* (Humboldt-Universität Berlin) ihre Überlegungen zu einer Neuformulierung ökofeministischer Theorie dar und bezog die feministische Ökonomiekritik auf neuere Debatten des Material Feminism¹. Im Ansatz der Queer Ecologies, der die „Natürlichkeit“ der heterosexuellen Fortpflanzung und die Gebärfähigkeit von Frauen kritisch reflektiert, sieht sie eine vielversprechende Möglichkeit, die feministische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Naturverhältnissen weiterzuentwickeln. Als konzeptionell hilfreich erweise sich der Begriff der „naturecultures“ von Donna Haraway, wodurch die Gleichursprünglichkeit von Natur und Kultur charakterisiert und deren binäre Opposition dekonstruiert werde. Perspektivisch, so Bauhardt, könne damit die unselige Verquickung der natürlichen (Re-)Produktivität mit Weiblichkeit und Mütterlichkeit aufgelöst werden.

Martina Padmanabhan (Leibniz Universität Hannover) präsentierte Überlegungen zur Umsetzung von ökologischen und feministischen Ansätzen in agrarwissenschaftlicher Feldforschung. Ihr Forschungsprojekt BioDIVA, in dem deutsche und indische WissenschaftlerInnen zusammenarbeiten, geht der geschlechtergerechten und nachhaltigen Nutzung von Biodiversität nach. Ausgangspunkt ist das Wissen von Frauen in Südinien über den Umgang mit verschiedenen Reissorten, deren Anbau und Konservierung. Im Zentrum des Vortrags standen die praktischen Schwierigkeiten interdisziplinärer Zusammenarbeit über kulturelle Differenzen hinweg.

Das dritte Panel behandelte das Konzept der Ernährungssicherheit und die Frage, wie dieses Konzept umgesetzt werden kann. Das Recht auf Nahrung, dem durch Jean Ziegler in den 2000er Jahren Nachdruck verliehen wurde, ist ein Menschenrecht. Es kann aber nicht von allen Menschen auf der Welt wahrgenommen werden. *Stefanie Lemke* (Universität Hohenheim) beleuchtete in ihrem Vortrag diese Problematik und betonte die Bedeutung von Ernährungssouveränität als Grundlage für Ernährungssicherheit: Erst wenn NahrungsproduzentInnen und Betroffene in den Krisengebieten als AkteurInnen wahrgenommen und damit souverän würden, könne ein Schritt gegen den Welthunger und für Ernährungssicherheit getan werden. Das Recht auf Nahrung sei ein politisches Mittel, diese Souveränität für alle Menschen herzustellen. Hierbei sei es aber von großer Bedeutung, nicht nur die allgemeinen Menschenrechte, sondern darüber hinaus auch die Rechte der Frauen im Speziellen einzubeziehen. Erst wenn die vor Ort vorhandenen Machtverhältnisse analysiert würden und Frauen z. B. der Zugang zu Bildung und Ressourcen ermöglicht werde, könnten langfristige Lösungen gefunden und das Recht auf Nahrung realisiert werden. Lemke bekräftigte ihr Argument, indem sie betonte, dass die Verletzung grundlegender Frauenrechte, z. B. durch sexualisierte Gewalt gegen Frauen, ein großes Hindernis auf dem Weg zur Ernährungssicherheit sei.

„Niemanden zu haben, mit der/dem man gemeinsam essen kann, bedeutet Armut“, sagte *Parto Teherani-Krönner* (Humboldt-Universität Berlin) im folgenden Vortrag. Sie

1 Material Feminism untersucht den Zusammenhang von Kapitalismus und Patriarchat. Durch die Trennung zwischen männlich zugeordneter wachstumsorientierter Produktionsarbeit und weiblich zugeordneter Reproduktionsarbeit entstünden Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern, die das Patriarchat und die Unterdrückung von Frauen verstärkten.

stellte die Frage, inwiefern das Recht auf Nahrung nicht eigentlich ein Recht auf Ernährung samt deren kultureller und sozialer Einbettung sein müsse. Jede soziale Beziehung beginne mit einem gemeinsamen Getränk oder einer gemeinsamen Mahlzeit, diese bildeten somit einen grundlegenden Faktor für zwischenmenschliche Beziehungen. Hierfür bedürfe es aber mehr als nur des Zugangs zu Rohstoffen: Für die Zubereitung einer Mahlzeit brauchten Menschen agrarische Rohprodukte, das Wissen um deren Zubereitung sowie Wasser, Energie und Menschen, mit denen man/frau gemeinsam essen könne. So forderte Teherani-Krönner weniger das Recht auf Nahrung als vielmehr eine Mahlzeitenpolitik. Sie argumentierte abschließend gegen die Vorstellung, dass Ernährungssicherung vor allem durch höhere Produktivität in der landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen sei und betonte die Bedeutung der Arbeit von Frauen, die für den Mainstream meist noch immer zu wenig Beachtung fände – dabei seien Frauen traditionell diejenigen, die für die Ernährung verantwortlich seien.

Elisabeth Meyer-Renschhausen (Freie Universität Berlin) beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der städtischen Kleinlandwirtschaft. Sie zeigt, dass in Gemeinschaftsgärten und an öffentlichen, brach liegenden Plätzen im Laufe der vergangenen Jahre immer mehr Orte entstanden sind, die von ganz unterschiedlichen Menschen zum Anbau von Nahrungsmitteln genutzt werden. In ihren Ausführungen bezog sie sich vor allem auf Erfahrungen aus Berlin und New York, in denen Gärten eine immer größere Bedeutung bekommen haben. Diese Gärten seien eine „versteckte moderne Universität“ für die Menschen, in denen sie neben dem Anbau von Gemüse und Pflanzen auch etwas über den eigenen Umgang mit der Umwelt und die Wertschätzung von Nahrungsmitteln lernen. Die Gärten seien nicht nur ein Ort der Arbeit und anschließenden Erholung, sondern auch eine Möglichkeit des Empowerments für gesellschaftlich marginalisierte Gruppen und eine Basis für die Gemeinschaft ganz unterschiedlicher Menschen. Ein Beispiel war die Arbeit des Vereins „südost Europa Kultur e. V.“, der einer Gruppe von Flüchtlingsfrauen aus dem ehemaligen Jugoslawien die Möglichkeit gab, auf dem Gelände des Berliner Gleisdreiecks zu gärtnern, und so eine neue Möglichkeit der Gemeinschaft und des Empowerments schaffte.

Das vierte Panel befasste sich mit bewaffneten Konflikten, die in einem engen Zusammenhang mit Ernährungskrisen stehen. Die Situation für Menschen in Konfliktgebieten ändert sich grundlegend, das alltägliche Leben wird gefährlicher, wie *Rita Schäfer* verdeutlichte. Was macht ein Krieg mit Familien? Mit Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit? Schwerpunkt ihrer Überlegungen war, dass eine kritische Genderperspektive nicht nur Frauen, sondern auch die Männer im Blick haben muss. In bewaffneten Konflikten werde häufig die Macht der Männer vor Ort infrage gestellt, diese Macht und Verantwortung werde ihnen durch Männer der gegnerischen Seite oder durch UN-BlauhelmsoldatInnen entzogen. Daraus entstünden neue Machtverhältnisse mit gravierenden Folgen unter den Männern vor Ort. Im Zuge bewaffneter Konflikte würden die Rollen neu zugeschrieben: Gerade junge Frauen bekämen die Verantwortung für die gesamte Familie zugewiesen, während junge Männer ihre soziale und ökonomische Macht verlören.

Als Beispiel für Krisen in Konfliktgebieten, die das Geschlechterverhältnis positiv für Frauen verändern, verwies *Gihan Adam Abdallah* von der Ahfad University for Women in Omdourman auf das sudanesisches Dorf Al Dagag. Zu den anhaltenden poli-

tischen und bewaffneten Konflikten im Sudan kommen speziell in dieser Gegend häufig Trockenperioden und Hungersnöte, sodass die Lebensbedingungen insgesamt erschwert sind. Doch durch soziale Netzwerke unterstützten sich Frauen, die häufig aufgrund des Bürgerkriegs die Verantwortung für ihre Familien übernehmen müssen, gegenseitig, indem sie sich z. B. gegenseitig Geld zur Verfügung stellten. Dadurch seien Frauen in Al Dagag selbstständiger geworden, sie eröffneten eigene Läden und übernahmen häufig die Funktion des Familienoberhaupts.

Ulrike Schultz (Theologische Hochschule Friedensau) erforschte in einer Langzeitstudie die Umsiedlung verschiedener Clans und Familien nach dem Friedensabkommen von 2005 aus der sudanesischen Hauptstadt Khartum in den Südsudan. Im Mittelpunkt ihres Interesses stand dabei die Frage, wie neue Gemeinschaften aus alten entstehen können und welche Rolle Männer und Frauen bei der Aneignung ihrer neuen „Heimat“ spielen. Schultz verdeutlichte in ihrem Vortrag, dass nicht nur die Geschlechtszugehörigkeit eine zentrale Rolle beim Aufbau neuer Gemeinschaften spielt, sondern auch die ethnische Zugehörigkeiten der SüdsudaneseInnen. Allerdings bezögen sich gerade Männer stark auf ihre ethnische Zugehörigkeit, wohingegen Frauen „ethnische Grenzgängerinnen“ seien und die Bedeutung von Ethnizität eher relativierten. Vor diesem Hintergrund plädierte Schultz dafür, dass Veränderungen in Krisenregionen nur unter Berücksichtigung der Komplexität der Kategorie Geschlecht, nämlich in ihrem Wechselverhältnis zu anderen sozialen Kategorien (z. B. Ethnizität), verstanden werden könnten.

Der Fokus des fünften Panels galt dem Zusammenhang von Geschlechterverhältnissen und Umweltkrisen. Fragen nach Genderaspekten in Konzepten, die vermeintlich als „grün“ eingestuft werden, und nach gender- und umweltgerechter Nachhaltigkeit wurden in den Diskussionen besprochen. *Christa Wichterich* (WIDE – Women in Development Europe) vertrat die These, dass sich die Vielfachkrise, mit der sich die Tagung befasste, nicht so einfach durch eine „green economy“ lösen lasse. Sie stellte verschiedene Konzepte wie den „Global Green New Deal“ und den „Green Growth“ vor und kam zu dem Schluss, dass sie weniger darauf abzielten, die Krisen zu lösen als vielmehr dem Kapitalismus und den Marktkräften noch stärker zur Durchsetzung zu verhelfen. Dies geschehe hauptsächlich dadurch, dass der Natur ein finanzieller Wert gegeben werde, wie sich am Handel mit Emissionsrechten nachdrücklich zeige. All diese Konzepte führten dazu, den Umweltgedanken noch weiter von den sozialen Verhältnissen zu entfernen. Auch die Genderfrage spiele eine große Rolle, denn besonders kritisch sei die Inklusion von Frauen in diese wachstums- und marktorientierten Konzepte. Frauen würden, wenn sie überhaupt Berücksichtigung fänden, auf ihre vermeintliche Nähe zur Natur reduziert; reale Bedürfnisse und materielle Unterschiede blieben damit ausgeklammert. Betrachte man z. B. die „grünen Konzepte“ der Weltbank, so zeige sich, dass Geschlechtergerechtigkeit hier nur ein Schlagwort sei, das am Ende zu einer effizienteren Wachstumswirtschaft führe. Diese Inklusion unterstütze also nicht eine Ökonomie, die den natürlichen Grenzen und den sozialen Bedürfnissen der Menschen Rechnung trage; dazu bedürfe es mehr als nur eines oberflächlichen geschlechtergerechten oder grünen Labels.

Susanne Neubert vom Seminar für ländliche Entwicklung der Humboldt-Universität stellte mit dem Ansatz der Conservation Agriculture in Subsahara-Afrika eine Me-

thode für klimafreundliche und lokal angepasste Feldbewirtschaftung vor. Bei dieser Methode wird der Pflug durch Hackbau ersetzt, um weniger CO₂ aus dem Boden freizusetzen. Gleichzeitig werden weniger Dünger und Herbizid benötigt. Allerdings ist die Arbeitsbelastung wesentlich höher als bei der maschinellen Bearbeitung. Inwiefern diese Herangehensweise die Rolle der Frauen in der agrarischen Ökonomie stärkt oder doch nur deren Arbeitsbelastung erhöht, wurde anschließend kontrovers diskutiert.

Im letzten Vortrag ging *Dang Tung Hoa* von der Water Resource University in Hanoi noch einmal auf die Bedeutung der Menschen vor Ort ein. Am Beispiel des Wasser-Managements in Vietnam verdeutlichte sie die Relevanz, beim Thema Wasser nicht auf die Genderperspektive zu verzichten. Denn Wasser sei insofern ein stark gegendertes Feld, als Frauen zwar für die Wasserversorgung im Haushalt, in der Gesundheitsversorgung und in der Subsistenzlandwirtschaft zuständig seien, häufig aber einen schlechteren Zugang zu Wasser hätten. Dang Tung Hoa wies darauf hin, dass Frauen in Vietnam eine tragende Rolle in der Landwirtschaft spielen, weshalb es wichtig sei, bei Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserversorgung auf das Fachwissen von GenderexpertInnen zurückzugreifen, um die Planung an die Bedürfnisse von Frauen anzupassen.

Bei diesem Panel zeigte sich die kontroverse Einschätzung der beteiligten ForscherInnen im Hinblick auf die Integration von Frauen in die Agrarökonomie und die ländliche Entwicklung insgesamt. Die soziale und ökonomische Bedeutung der Arbeit und des Fachwissens von Frauen für die (Über-)Lebenssicherung des agrarwissenschaftlichen Mainstreams wird immer noch massiv unterschätzt. Gerade wenn verschiedene Krisensituationen aufeinander treffen, Frauen z. B. im Rahmen bewaffneter Konflikte, Klimakatastrophen und Flucht die Entscheidungsgewalt in ihren Familien erhalten und vermeintliche Männerarbeit und -aufgaben übernehmen, zeigt sich, welche große Rolle Frauen in ländlichen Regionen spielen und wie gleichzeitig beharrliche geschlechtsspezifische Asymmetrien im Zugang zu und in der Kontrolle über Ressourcen ihre Situation erschweren.

Außerdem stellt sich die Frage, welches Verständnis von Ökonomie verhandelt wird, wenn es um agrarökonomische Konzepte geht. Sollten Ernährungskrisen weiterhin durch mehr Wachstum und Produktivität versucht werden zu bewältigen? Oder müssten nicht Sustainable Livelihoods die Orientierung für eine sozial gerechte und umweltverträgliche Entwicklung sein? Auf der Tagung wurde vielfach für Letzteres plädiert. Wie sich dies jedoch politisch durchsetzen lässt, blieb offen.

Zur Person

Julia Brummert, Master-Studentin der Gender Studies an der Humboldt-Universität zu Berlin und freie Journalistin. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechterkonstruktion in sozialer Interaktion, Hegemoniale Männlichkeiten in Pop- und Subkultur(en).

E-Mail: juliabrummert@yahoo.de